

FRANK KAWELOVSKI
SABINE MECKING

POLIZEI

im Wandel

70 Jahre Polizeiarbeit in Nordrhein-Westfalen

 GREVEN VERLAG KÖLN

Herausgegeben vom Geschichtsort
Villa ten Hompel, Stadt Münster

© Greven Verlag Köln, 2019
Lektorat: Joachim Geil, Köln
Gestaltung: Thomas Neuhaus, Billerbeck und Steffy Schüller, Köln
Gesetzt aus der Neutraface Slab Text und der Helvetica Neue LT
Lithografie: Prepress, Köln
Papier: Tauro Offset
Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell
Alle Rechte vorbehalten
ISBN 978-3-7743-0903-6

Detaillierte Informationen über alle unsere Bücher finden Sie unter:
www.greven-verlag.de

INHALT

007	Polizeigeschichte ist Gesellschaftsgeschichte
010	Nachkriegswirren – »Alte Kameraden und neue Kollegen« Die Jahre 1945-1950
022	Zwischen Wohlstand und Vergessen Die 1950er-Jahre
038	Alte Denkmuster und gesellschaftlicher Aufbruch Die 1960er-Jahre
050	Reform und Terrorismus Die 1970er-Jahre
062	Die neuen sozialen Bewegungen Die 1980er-Jahre
076	Bürgerpolizei und moderne Dienstleistungsorganisation Die 1990er-Jahre
090	Internationaler Terrorismus und neue Formen der Kriminalität Die 2000er-Jahre
102	Alte und neue Herausforderungen Die Jahre 2010-2019
116	Schlussbemerkungen – Sicherheit und Freiheit
119	Wie ich »Bullen« respektieren lernte und den Respekt nicht verlieren möchte Ein skeptisches Nachwort von Claus Leggewie
122	Anmerkungen
134	Bildnachweis

NACHKRIEGSWIRREN – »ALTE KAMERADEN UND NEUE KOLLEGEN«

Die Jahre 1945-1950

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches und dem Ende des nationalsozialistischen Terrorsystems am 8. Mai 1945 wurde Nachkriegsdeutschland von den Alliierten in vier Besatzungszonen aufgeteilt. Das heutige Nordrhein-Westfalen gehörte zur britischen Zone. Bereits im April waren amerikanische Truppen in mehr oder weniger zerstörte rheinische und westfälische Städte einmarschiert, nur wenige Wochen später übernahmen dann die Briten die Besatzungshoheit.

Ziel der Alliierten war es, einen neuen, demokratischen deutschen Staat aufzubauen. Der Untergang des NS-Regimes und das Wegbrechen bisheriger staatlicher Strukturen und Organisationen hatten zunächst unklare Rechtsverhältnisse zur Folge. Unsichere Lebensumstände prägten den Alltag der Menschen: vor allem die Sorge um Nahrungsmittel, Wohnraum und Gesundheit. Nicht entschärfte Bomben und Granaten, einsturzgefährdete Häuser, zerstörte Straßen und die unzureichende Versorgungs- und Infrastruktur bargen ein erhebliches Gefahrenpotenzial. Nachkriegswirren mit Armut und allgemeiner Bedürftigkeit gingen nicht zuletzt mit Diebstählen und Raubüberfällen einher. Herumstreunende Gruppen und plündernde Banden, zum Beispiel von freigelassenen Zwangsarbeitern, die sich mit erbeuteten Waffen der Wehrmacht an ihren Peinigern rächen wollten, gefährdeten die innere Sicherheit und Ordnung. Die Kriminalstatistik für die Nord-Rheinprovinz weist für Juli 1946 22 Morde, 1 128 Raubüberfälle und 14 500 einfache Diebstähle aus (darunter 2 760 Fahrrad- und 3 100 Felddiebstähle).¹¹

Die unruhigen Nachkriegsverhältnisse stellten eine hohe Herausforderung für die betroffenen Menschen und den Wiederaufbau eines Staates dar. Dabei ging es um ganz grundlegende Dinge wie Ruhe und Ordnung. In den Gebieten an Rhein, Ruhr und Lippe übernahmen nun britische Public Safety Officers unter Führung der Public Safety Branch die Verantwortung für die öffentliche Sicherheit. Die bis zur Kapitulation existierende Reichspolizei war durch die Militärregierung aufgelöst worden. Als staatliche Institution war die Polizei integraler Bestandteil des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsnetzwerkes gewesen. Dies betraf nicht nur die Gestapo als Synonym für die nationalsozialistische Schreckensherrschaft, sondern auch die herkömmliche Kriminal- und die uniformierte Polizei. Daher betrachteten es die Alliierten nach 1945 als zentrale Aufgabe, beim Aufbau eines neuen Deutschlands eine Polizei zu



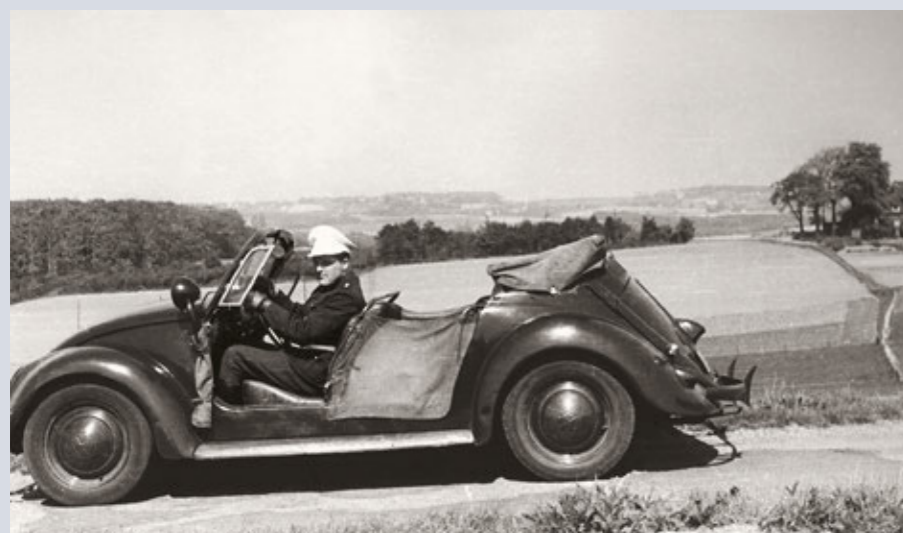
*Kriminalbeamte bei der Schuttbeseitigung
am kriegsbeschädigten Polizeipräsidium,
Essen 1945*



Empfang einer Gruppe von Polizeibeamten, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurden, Essen um 1947/48. Zu Ehren der Rückkehrer spielt das Polizeimusikkorps.



Polizeibeamte schützen den Transport von Lebensmittelkarten, Essen um 1946.



Streifenfahrt im VW Käfer im Essener Süden Ende der 1940er-Jahre. Die sogenannte Hebmüller-Karosserie war eigens für die Polizei angefertigt worden und schützte die mitfahrenden Beamten seitlich durch Spritzdecken vor Verschmutzungen. Das 25 PS starke Fahrzeug brachte es in der Spitze auf 100 km/h. Von dem Fahrzeug wurden zwischen 1948 und 1949 knapp 500 Exemplare hergestellt.

schaffen, die für ein demokratisches Gemeinwesen einstand. Mit den preußischen beziehungsweise deutschen Polizeitraditionen sollte gebrochen werden, galten diese doch als Nährboden des Nationalsozialismus. Die Polizei musste neu organisiert und demokratisiert werden. Dieses Ziel war bereits 1944 von den Alliierten mit den Schlagworten De-Militarisierung, De-Nazifizierung und De-Zentralisierung festgelegt worden.¹²

Die britischen Besatzungsoffiziere der Public Safety Branch machten sich sofort daran, alte Polizeistrukturen des NS-Staates zu zerschlagen und unter ihrer Kontrolle eine dem demokratischen Staat verpflichtete Polizei aufzubauen. Diese neue Polizei sollte zum einen möglichst schnell einsatzfähig und zum anderen politisch unbelastet sein - keine leichte Aufgabe, da die Polizei als Institution und als Personenverband in das System der NS-Gewaltherrschaft eingebunden war. Mit Verfügungen wie den »Richtlinien für die deutsche Polizei« vom 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation, oder den »Richtlinien der Militärregierung über die Neugestaltung der Polizei in der Britischen Zone« (Military Government Instruction on the Re-organisation of the German Police System in the British Zone) vom 25. September 1945 ebnete die Besatzungsmacht als oberste Instanz im Land den Weg für eine neue Polizei. Die Polizei wurde im Zuge einer Dezentralisierung nach dem Vorbild Großbritanniens kommunalisiert, das heißt auf Ebene der Großstädte mit mehr als 100 000 Einwohnern und Regierungsbezirke organisiert. Diese Stadtkreis- und Regierungsbezirkspolizeien wurden von Polizeichefs geleitet. Sie unterstanden dabei vor Ort der Kontrolle der gleichzeitig neu eingeführten »Polizeiausschüsse«. Die kaserierte Polizei wurde abgeschafft.¹³



Mitarbeiter des britischen Public Safety Officers rekrutieren auf dem Platz vor dem Amtsgericht Duisburg-Hamborn neue Polizeikräfte, Duisburg 1946.



Polizeibeamter vor dem Hauptquartier der britischen Militärverwaltung, Essen späte 1940er-Jahre. Das sogenannte Glückauf-Haus hatte bis 1945 der NSDAP als lokale Parteizentrale gedient.

DIE POLIZEI

DES LANDES
NORDRHEIN-WESTFALEN

STELLT BEAMTEN-ANWÄRTER EIN

Sie bietet: Vielseitige – auch technische – Ausbildung
Betätigung in den verschiedenen Sportarten • Günstige Auf-
stiegsmöglichkeiten bis zum Polizei-Oberbeamten • Gesichertes
Berufsleben • Freie Heilfürsorge (Befreiung vom Grundwehrdienst)

Sie setzt voraus: Völlige Gesundheit, körperliche
Leistungsfähigkeit und geistige Wendigkeit • Alter 17 bis
24 Jahre, ledig • Mindestgröße 168 cm • Keine Brillenträger
Anfragen sind zu richten an:

LANDES-POLIZEISCHULE »ERICH KLAUSENER«
– Werbe- und Auswahlstelle – Düsseldorf, Tannonstraße 26

oder

LANDES-POLIZEISCHULE »CARL SEVERING«
– Werbe- und Auswahlstelle – Münster/Westf., Weseler Str. 264

*Auf der Suche nach neuem Personal.
Werbeplakat des Werbe- und Auswahl-
dienstes der Landespolizeischule
»Carl Severing«, Münster Anfang der
1960er-Jahre*

ALTE DENKMUSTER UND GESELLSCHAFTLICHER AUFBRUCH

Die 1960er-Jahre

Wenngleich der Nachkriegswirtschaftsboom mit der Bergbaukrise erste Eintrübungen erfuhr, erhöhte sich der allgemeine Lebensstandard weiter. Überhaupt gelten die 1960er-Jahre als Zeit des politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Aufbruchs in Westdeutschland.⁴⁷ Auf Nachkriegszeit und Wiederaufbau folgte eine Zeit tiefgreifenden Wandels. Mit neuen Mitbestimmungsforderungen, Fragen der Verjährung von NS-Verbrechen und Wahlerfolgen der NPD traten Veränderungen in Lebensweise und politischer Kultur offen zutage. Ein Jahr wurde zu einem Begriff: »1968«. Notstandsgesetze, das Fehlen einer starken Opposition im Bundestag und erstarrte Gesellschaftsstrukturen waren wesentliche Ansatzpunkte für die Bildung der Außerparlamentarischen Opposition (APO). Nicht zuletzt die mangelhafte Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit mobilisierte die Nachkriegsgeneration. Die Parole »Unter den Talaren – Muff von 1 000 Jahren« bündelte die Kritik der Studentenbewegung. In Anspielung auf das »Dritte Reich« wurden etablierte Schul- und Hochschulstrukturen und schließlich grundsätzliche gesellschaftliche Konventionen infrage gestellt. Die Forderungen betrafen zunächst die Liberalisierung und Demokratisierung von Ausbildungs- und Studienbedingungen durch Mitbestimmung von Schülern, Auszubildenden und Studierenden. Doch schon bald gingen die Kritikpunkte weit darüber hinaus und die Aktionisten bezogen sich in den Protestmärschen und Demonstrationsveranstaltungen allgemein auf Missstände in der Bundesrepublik und überhaupt in der Welt.⁴⁸

*Weihnachten in der Einsatzleit-
stelle, Essen zweite Hälfte der
1960er-Jahre*



*Funksprech- und Aufnahmerraum
der Einsatzleitstelle, Essen 1961*



Studierende protestieren am 25. April 1968 in Düsseldorf gegen die Vorlage eines ihrer Ansicht nach unzureichenden Akademiestatuts im Landtag.

Dieser gesellschaftliche Aufbruch zeichnete sich zunächst besonders deutlich in den größeren Städten ab. Die »neue« Politisierung der Gesellschaft spiegelte sich in vielfältiger Weise wider, so etwa auch, als die Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr angehoben wurden. Diese Preiserhöhung rief im Juni 1969 in Hannover und im März 1971 in Dortmund, aber auch in Städten wie Bochum, Gelsenkirchen oder Witten vor allem bei Jugendlichen erhebliche Proteste hervor, die von der DKP und sozialistischen Verbänden forciert wurden und auch zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Die Dortmunder Staatsanwaltschaft bilanzierte Anfang April 1971 mehr als 300 vorläufige Festnahmen. Gleichzeitig solidarisierten sich in friedlichen Aktionen Autofahrer und Nutzer des öffentlichen Personennahverkehrs unter dem Symbol des »Roten Punkts«: Pkw-Fahrer mit rotem Punkt an der Windschutzscheibe nahmen die an den Bahn- und Bushaltestellen wartenden Personen unentgeltlich mit.⁴⁹

Die gesellschaftlichen Veränderungen der 1960er-Jahre stellten die Polizei vor neue Aufgaben. Das Jahrzehnt gilt als »Scharnierzeit« des Wandels der Organisation von einer noch stark durch Weimarer Traditionen und NS-Vergangenheit geprägten Ordnungsmacht der 1950er-Jahre zur modernen Polizei der 1970er-Jahre.⁵⁰ Wurde sie zunächst vor allem als Garantin für den Schutz des neuen Staates betrachtet, so stand nun stärker die alltägliche Arbeit der (Schutz- und Bereitschafts-)Polizei im politischen und gesellschaftlichen Fokus. Rein statistisch betrachtet war die Dienstätigkeit dabei sicherer geworden, zumindest mit Blick auf die Anzahl der tödlichen Dienstunfälle. In den unmittelbaren Nachkriegsmonaten war die Tätigkeit der Polizei am gefährlichsten, und zahlreiche Polizeibeamte kamen während ihrer Dienstausbildung zu Tode. Dieses Risiko hatte sich in den 1960er-Jahren relativiert und war nicht mehr außergewöhnlich hoch: 1965 lag die Anzahl der tödlichen Dienstunfälle mit 0,2 Promille unter der Quote der Tiefbauarbeiter (0,9 Promille).⁵¹

Die tägliche Routinearbeit der Polizei war insbesondere durch den weiter anwachsenden Straßenverkehr und die Bemühungen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit geprägt. Gleichzeitig schockierten Fälle wie die Taten des Langenberger Pädophilen und Serienmörders Jürgen



Rote-Punkt-Demonstration in der Essener Innenstadt 1971. Im Rahmen der Aktion »Roter Punkt« kam es in Nordrhein-Westfalen von Ende der 1960er- bis Anfang der 1970er-Jahre zu zahlreichen Protestaktionen gegen Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Personennahverkehr.



Kradfahrer der Polizei auf Motorrädern der Marke DKW, Essen 1962

Übung der Polizei mit Hubschrauber, Essen frühe 1960er-Jahre. Es dürfte sich hier um eine Leihmaschine handeln, da die nordrhein-westfälische Polizei Fluggeräte dieses Typs nicht im eigenen Bestand hatte.





Bereitschaftspolizei im Westfalen-Stadion,
Dortmund 2002

INTERNATIONALER TERRORISMUS UND NEUE FORMEN DER KRIMINALITÄT

Die 2000er-Jahre

Die Anschläge auf das World Trade Center in New York und andere Ziele in den USA am 11. September 2001 führten drastisch vor Augen, welche Dimensionen ein international agierender Terrorismus annehmen konnte. Das Terrornetzwerk Al-Qaida forderte Europa und die USA durch zahlreiche Anschläge heraus. Eine stark radikalisierte Auslegung des Islam, die zunehmend in der arabischen Welt Anhänger fand, lehnte eine westliche Lebensweise vehement ab und propagierte die Vernichtung der als ungläubig betrachteten Menschen. Neben Spanien mit den Bombenexplosionen in Madrid 2004 oder England mit den Anschlägen in der Londoner U-Bahn 2005 rückte auch Deutschland nicht zuletzt aufgrund seines Engagements im Afghanistan-Krieg in den Fokus des Dschihad, des sogenannten Heiligen Krieges gegen die »Ungläubigen«. Dies zeigte die Aufdeckung der sogenannten Sauerland-Gruppe. Nach einem Hinweis der US-amerikanischen Nachrichten- und Geheimdienste gelang es der Polizei, im September 2007 eine kleine Gruppe von Islamisten festzunehmen, die im sauerländischen Medebach Anschläge auf US-amerikanische Einrichtungen in Deutschland plante.¹³⁵ Bereits 2004 hatten die Sicherheitsbehörden während des Staatsbesuchs des irakischen Ministerpräsidenten in Berlin einen Anschlag vereiteln können. Im selben Jahr wurden zudem Mitglieder der islamistischen Gruppe Al-Tawhid festgenommen, diese hatten jüdische Einrichtungen in Berlin und Düsseldorf im Fokus. Die 2006 von zwei Libanesen in zwei Zügen am Kölner Hauptbahnhof deponierten Bomben führten lediglich aufgrund von technischen Fehlern nicht zur Katastrophe.¹³⁶

Auch die Ausdehnung der Europäischen Union nach Osteuropa hinterließ Spuren im Kriminalitätsgeschehen Nordrhein-Westfalens und Deutschlands. Nach den EU-Erweiterungen in den Jahren 2004 und 2007 und der damit verbundenen Aufhebung der innereuropäischen Grenzkontrollen und Reisebeschränkungen konstatierte die Polizei in Nordrhein-Westfalen einen Anstieg der Kriminalität in einzelnen Deliktsbereichen, die vorrangig mit osteuropäischen Tatverdächtigen in Verbindung gebracht wurden. Blitzeinbrüche, bei denen in nächtlichen Aktionen mit Lastkraftwagen die Eingänge von Geschäften und Baumärkten in Trümmer gelegt und in Windeseile Waren gestohlen wurden, Einbrüche in Privatwohnungen oder auch der organisierte Taschendiebstahl waren nur einige der Kriminalitätsphänomene, die insbesondere mobilen Diebesbanden aus Osteuropa zugeschrieben wurden.¹³⁷



Bereitschaftspolizeihundertschaft
Wuppertal Technische Einsatzinheit
(TEE) 2009



Das Spezialeinsatzkommando (SEK)
trainiert für den Ernstfall, 2003.

Trainingseinheit der Gemeinsamen
Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER)
des Zolls und der Polizei auf der
Polizei-Schießanlage in Düsseldorf im
April 2002



Großkontrolle auf Nordrhein-Westfalens
Autobahnen 2005. Mit Zoll, Bundespoli-
zei und BAG



Die Bekämpfung der internationalen beziehungsweise globalen Kriminalität erforderte eine stärkere, über Staatsgrenzen hinausgehende polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit. Antworten suchte die Polizei in überstaatlichen Strategien und in Konzepten einer grenzüberschreitenden Verbrechensverhütung und -verfolgung. Die seit 1999 tätige Behörde Europol koordinierte bei grenzüberschreitenden Straftaten die Maßnahmen der nationalen Polizeien. Mit rund 900 Mitarbeitern - darunter auch nordrhein-westfälische Polizeibeamte - sammelte Europol Informationen zu internationaler Kriminalität und Terrorismus, wertete diese aus und stellte die Unterlagen den Mitgliedsländern zur Verfügung.¹³⁸

Im Jahr 2005 wurde im niederländischen Heerlen das Euregionale Polizei-Informations-Cooperations-Center EPICC gegründet, das der grenzüberschreitenden Kriminalität in den grenznahen Gebieten des Dreiländerecks Deutschland-Niederlande-Belgien Rechnung tragen sollte. In diesem Sicherheitszentrum wurden für die Grenzregionen der beteiligten Länder gemeinsame Kriminalitätslagebilder erarbeitet. Im konkreten Einsatzfall konnten nun rasch Personen- und Fahrzeugdaten ausgetauscht werden. Auf deutscher Seite beteiligten sich die Kreispolizeibehörden Aachen, Heinsberg, Düren und Euskirchen an der Arbeit des Centers. Ein Jahr später trat zudem der deutsch-niederländische Polizei- und Justizvertrag in Kraft, der den Polizeien beider Staaten Vollzugsrechte wie Festnahmen und Observationen auf dem jeweils anderen Staatsgebiet einräumte. Zudem schrieb er die Möglichkeit fest, im Bedarfsfall auch Polizeikräfte aus dem jeweils anderen Land anzufordern.¹³⁹

Polizeifliegerstaffel, Düsseldorf 2003



Wasserschutzpolizei
im Ruhrgebiet 2002